



Ein nachhaltiges und gerechtes Steuersystem für alle

Rede von Christian Levrat, Ständerat FR, Präsident SP Schweiz

Es gilt das gesprochene Wort.

Vor einigen Wochen sass ich mit einem unserer grossen Wirtschaftsführer am Tisch. Er war sehr erbost darüber, wie wir mit ihm während unserer 1:12-Kampagne umgegangen waren. Seinen Lohn anzugreifen, so meinte er, sei ein Übergriff auf sein Privatleben. Und vor allem habe er sich nicht verteidigen können: Ergriff er das Wort, wurde er sofort zum schlimmsten aller Abzocker gestempelt. Schweg er, war er ein Feigling, der sich der Diskussion verweigerte.

Doch die Lösung war einfach, und wir wurden uns sogar schon nach wenigen Minuten einig: Sie besteht darin, dass auch die Superreichen ihren Platz in unserer Gesellschaft übernehmen, aus ihren Ghettos herauskommen, ihre Kinder in die öffentliche Schule schicken, am Gesellschaftsleben teilnehmen... und dass sie Steuern bezahlen. Der wahre Patriotismus eines Unternehmens, eines Chefs oder eines Managers zeigt sich in seinem Stolz, Steuern zu bezahlen. In der Freude, zum gemeinsamen Einsatz beizutragen. Auf der Seite von Warren Buffet zu stehen, der die amerikanischen Parlamentarier auffordert, seine Steuern zu erhöhen, weil er es unhaltbar findet, dass er nur 17 Prozent bezahlt, seine Sekretärin jedoch 30 Prozent.

Steuergerechtigkeit verteidigen

Man sagt uns: Ihr macht eine Kampagne gegen die Reichen. Für die bürgerlichen Zeitungen und Politiker führen Leute, die mehr Steuergerechtigkeit, eine Begrenzung der Exzesse von ein paar wenigen oder eine Steuer auf Erbschaften von über 2 Millionen wollen, einen Krieg gegen Reiche und bedrohen damit den Wohlstand der Schweiz. Wahr aber ist das Gegenteil: Die Steuern verteidigen, **für die Progression kämpfen, die Missbräuche im Steuerwettbewerb beenden heisst, eine Schweiz für alle zu verteidigen**. Auch für die Wohlhabenden, denen es manchmal nicht schadet, daran erinnert zu werden, dass sie Teil unserer Gesellschaft sind. Dass sie für uns mehr als Steuernomaden und Abkürzungen in irgendwelchen Organigrammen sind. Dass wir von ihnen erwarten, dass sie sich integrieren und zur kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Gemeinschaft beitragen, in denen sie leben.

Wir führen gegen niemanden eine Kampagne. Aber wir haben ein Ziel: **Eine Gesellschaft zu schaffen, in der jeder seinen Platz hat, jede ihre Rolle spielt. Eine Gesellschaft ohne blinde Passagiere, ohne Profiteure. Reiche und weniger Reiche sollen gemäss ihren Finanzmitteln dazu beitragen. Und ein Ausdruck dieses Beitrags sind die Steuern**. Man muss die Steuergerechtigkeit verteidigen, die Steuersünder bekämpfen. Denn erst dieser Beitrag, dieser gemeinsame Einsatz ermöglicht sinnvolle Dienstleistungen für alle und trägt dazu bei, den Zusammenhalt und die Stabilität des Landes zu stärken; er zeigt aber auch die enge Verbundenheit von allen, wirklich von allen, mit dem Gemeinwohl.

Unsere Gegner belächeln uns gerne als Partei der Steuern. Damit können wir leben. **Wir sind die Partei des nachhaltigen Steuersystems.** Sagen wir doch laut und deutlich, dass **wir kompetenter, glaubwürdiger und engagierter** in dieser Sache sind als andere. Denn sie ist ein Dreh- und Angelpunkt unserer Politik. Ohne Steuern kein Service public, keine Schulen, keine Spitäler, keine Züge, keine Strassen, keine Landwirtschaft. Ohne Steuerprogression keine Umverteilung des Reichtums, keine Solidarität unter den Kantonen.

Die Partei des nachhaltigen Steuersystems

Heute liegt es an uns, Alarm zu schlagen. Die Steuerschlupflöcher, dieses Gift für die Solidarität, haben sich vervielfacht, die Steuerlast der Wohlhabenden hat sich in den letzten Jahren massiv vermindert: weniger Steuern für hohe Einkommen und Vermögen, Abschaffung der Erbschaftssteuern, Senkung der Steuern auf dem Unternehmensgewinn.

Ergebnis: Die 300 reichsten Personen der Schweiz verfügen heute über 100 Milliarden mehr als vor der Finanzkrise. Und die Schweiz ist mit Namibia oder Singapur eines der Länder, in denen das Vermögen am ungleichsten verteilt ist. Es wird geschätzt, dass dort 10 Prozent der Bevölkerung mehr als 83 Prozent des Gesamtvermögens besitzen. Natürlich muss man diese grossen Vermögen im globalen Kontext anschauen; und wie der französische Ökonom Thomas Piketty überzeugend gezeigt hat, generiert das Kapital überall mehr Erträge als das Wirtschaftswachstum. Auf nationaler Ebene jedoch kann niemand ernsthaft bestreiten, dass auch die Reichen einen Teil der Verantwortung trägt, wenn die Wohlhabenden ihre Pflichten nur noch bedingt wahrnehmen: Sie profitieren von einem **fehlgeleiteten Steuerwettbewerb**, sie konnten sich hinter der Einführung von **zahlreichen, immer wieder neuen Schlupflöchern** verstecken, sie bekämpfen die Einführung einer Erbschaftsteuer, sie verteidigen gegen jeden gesunden Menschenverstand die Pauschalbesteuerung. Kurz: Sie gefährden - unterstützt von den bürgerlichen Parteien, die sie finanzieren und der Presse, die ihnen gehört - die Staatsfinanzen und den sozialen Zusammenhalt des Landes.

Die Partei des nachhaltigen Steuersystems zu sein heisst nicht, die Steuern erhöhen zu wollen. Es heisst, sicherzustellen, dass alle ihren Anteil zahlen. Zwei Prinzipien müssen uns bei dieser Aufgabe leiten: Erstens **sind Steuerabzüge und Schlupflöcher** soweit möglich **abzuschaffen**, und zweitens **muss die Bemessungsgrundlage** – die Erträge, die versteuert werden – **verbreitert werden**, so dass alle Einkommensteile erfasst werden.

Steuerschlupflöcher abschaffen

Um für die grosse Mehrheit einen akzeptablen Steuersatz gewährleisten zu können, müssen wir als erstes die Steuerschlupflöcher wirksam bekämpfen und den inflationär und aus unterschiedlichsten Gründen eingeführten Abzügen ein Ende setzen. Denn diese Abzüge beruhen zwar oft auf ehrenwerten Motiven, haben aber katastrophale Folgen für die Verteilung der Steuerlast.

Diese Steuerabzüge nützen nur den Reichen. In einem System, das auf Steuerprogression beruht, höhlt die Vielfalt an möglichen Abzügen den Grundsatz der Besteuerung gemäss wirtschaftlicher und finanzieller Leistungsfähigkeit aus. Wenn Familien, Investitionen in umweltfreundliche Projekte oder politische Spenden durch Abzüge gefördert werden, dann sind es immer die höchsten Einkommen, die davon profitieren, während die öffentliche Hand

insgesamt weniger Steuern einnimmt.

Handeln für alle Familien

Ein Verzicht auf die Besteuerung der Familienzulagen, wie das die CVP heute fordert, heisst, den gutsituierten Familien jährlich Tausende von Franken zu schenken, den mittleren und unteren Einkommensschichten jedoch höchstens ein paar Dutzend. **Die Direktorenfamilie kann sich dank der Steuerersparnis eine Ferienwoche in Brasilien leisten, um die Schweiz spielen zu sehen. Die Familie des Mechanikers kann höchstens jedem Kind ein T-Shirt der Schweizer Nati kaufen und den Match am TV zu verfolgen.** Und wenn der finanziell angeschlagene Kanton dann noch die Schulgelder erhöht, ausserschulische Angebote abschafft oder die Hundetaxe verdoppelt, tut die Familie gut daran, selbst diese paar Franken auf die Seite zu legen. Ist das Familienunterstützung?

Ja, wenn wir uns auf die zehn Prozent wohlhabende Familien konzentrieren wollen. Nein, wenn wir von den mittleren Einkommensschichten oder den ärmsten Familien sprechen. **Etwas für die Familien zu machen, für alle Familien, heisst zum Beispiel zu garantieren, dass jedes Kind gleich unterstützt wird, egal ob jenes des Direktors oder des Mechanikers. Das bedeutet eine Gutschrift pro Kind, ein Rabatt auf der Steuerrechnung, den alle Eltern geltend machen können.** Eine seriöse Familienpolitik führt über einen Systemwechsel, über die Abschaffung der Steuerabzüge, die einseitig Wohlhabende begünstigen, und über die Einführung eines Kindergutschrift-Systems. Und wenn es Leute gibt, die über ihr Wahlversprechen hinaus wirklich etwas für die Familien tun wollen, dann sollen sie sich uns anschliessen. Für alle Familien statt für wenige.

Bemessungsgrundlage verbreitern

Steuerabzüge abschaffen, die Steuerprogression garantieren, das sind also die Prioritäten. Aber auch garantieren, dass die Bemessungsgrundlage verbreitert wird. **Alle Einkommens-teile gleich besteuern, egal ob es sich um Löhne, Zinsen, Kapitalerträge, Dividenden, Erbschaften oder Immobiliengewinne handelt.** Für die grosse Mehrheit einen möglichst tiefen Steuersatz zu erhalten erfordert eine breitere Bemessungsgrundlage. Denn wenn die Schweiz darauf verzichtet, bestimmte Formen von Kapitalerträgen zu besteuern, wenn die Dividenden steuerbefreit sind, wenn die Kantone die Erbschaftssteuern abschaffen, dann zahlt dafür die grosse Mehrheit unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger die Zeche in Form eines höheren Steuersatzes.

Ein neuer Kulturkampf

Genossinnen und Genossen

Diese Steuerfragen sind keine technischen Fragen. Sie sind zentral für das Funktionieren unserer Solidarität, sie sind der Angelpunkt für eine gerechtere Einkommensverteilung, eine würdige Arbeit, einen guten Service public, eine aktive Wohnpolitik und ein Rentensystem, das diesen Namen verdient.

Wir wissen jedoch sehr wohl, dass in diesem Land ein heftiger Gegenwind bläst. Wir haben bei den letzten Abstimmungen die Unzufriedenheit grosser Teile der Bevölkerung deutlich wahrgenommen. Wir stellen jeden Tag fest, dass sich das Klima verhärtet. **Der lange Zeit schwelende Kampf zwischen fortschrittlichen Kräften und nationalistischen Konservativen ist offen ausgebrochen.** Diesen Kampf müssen wir führen.

Die sozialdemokratische Partei ist die einzige Alternative zur **Verweigerungspolitik der Bürgerlichen in Sachen Arbeit, Wohnen und Sozialversicherungen.** Wir sind die einzige Alternative zu den rückständigen Kräften, die davon träumen, das Saisonierstatut wieder einzuführen, oder eine Grillparty gegen syrische Familien organisieren, welche in der Schweiz Schutz suchen. **Als einzige können wir jene kontern, die die Institutionen aushöhlen, die versuchen den Bundesrat zu diskreditieren, die das Volk gegen das Parlament aufwiegeln wollen und landauf landab gegen die Gerichte wettern.**

Wir sind die einzige Alternative zu den Geschichtsfälschern, die die Schweiz von 1291 und deren Mythen bemühen, um ihre Absichten besser kaschieren zu können. Und gegenüber diesen Manipulatoren sind wir die einzigen, **die sich auf die Schweiz von 1848 und die Vitalität ihrer Institutionen berufen. Auf die Schweiz von 1918 und ihre Hoffnung auf soziale Gerechtigkeit.** All jenen, die Angst haben, die Türen und Fenster verschliessen wollen, die sicher sind, dass der Feind gleich jenseits der Grenze wartet und die alle Ausländer nur als potenzielle Profiteure sehen; all jenen, die den Weg der Einbürgerung derart steil und unbegebar machen wollen, dass niemand mehr unseren geschlossenen Club von Patrioten bedroht; all denen stellen wir **die begeistertsten Menschenmengen gegenüber, die den Shaqiris, Djourous, Mehmedis, Rodriguez', Drmic'** und allen anderen zujubeln. **Diese Schweiz der Migration, diese Schweiz die gewinnt, diese kreative Schweiz,** sie ist eine Ohrfeige ins Gesicht aller verbohrten Nationalisten. Sie ist die Schweiz der Hoffnung. Und diese Hoffnung müssen wir in Politik umwandeln.

Diese Hoffnung umzuwandeln bedeutet, eine Politik für alle zu machen statt für wenige. Eine **Gesellschaft für alle zusammen** zu verteidigen, sich zu versichern, dass alle ihren Platz haben, die Schwächsten unterstützen und ermuntern, damit auch sie Aussicht auf sozialen und menschlichen Fortschritt haben. Garantieren, dass die stärksten ihre Verantwortung wahrnehmen und ihren Beitrag zum Gemeinwohl leisten.

Masseneinwanderung: Die Linke muss zum Kampf zurückkehren

Dieser Hoffnung ein Antlitz zu geben heisst auch, Klartext zu reden. Die Dinge einfach und direkt zu sagen. Zum Beispiel, **dass es nicht möglich ist, den Volksentscheid vom 9. Februar umzusetzen.** Der Bundesrat hat in den letzten Tagen die Rechnung präsentiert und die Kosten einer wortgetreuen Umsetzung der SVP-Initiative aufgezeigt. Er hatte den Mut, nicht um den heissen Brei zu reden. Aber man muss auch sagen, dass die Rechnung zu gesalzen ist, dass die Folgen für unser Land unerträglich sind, und dass es für die sozialdemokratische Partei nicht in Frage kommt, Jahrzehnte des sozialen Fortschritts zur Makulatur verkommen zu lassen.

Genossinnen und Genossen

Wir haben die Botschaft des Volkes gehört: **Die Schweiz muss ihre Migrationspolitik in die eigenen Hände nehmen.** Das gilt es zu beherzigen. Und **es ist in unserer Verantwortung als Regierungspartei, dazu Vorschläge zu machen.** All jenen, die der Meinung sind, wir sollten abwarten, wie sich die Dinge entwickeln, auf ein Nein der EU hoffen und so tun, als hätte es diese Abstimmung nicht gegeben, ihnen allen muss man sagen, dass unsere Wählerinnen und Wähler erwarten, dass wir unsere Verantwortung wahrnehmen. Dass die Vogel-Strauss-Politik nie zum Erfolg führt. Dass die Wirtschaft, und pikanterweise die Initianten, sich genau dieses Szenario wünschen. Wir aber nicht. **Es ist nicht an Brüssel, die Umsetzung der Initiative mit einem Veto zu stoppen. Es ist an den lebendigen Kräften unseres Landes, dies zu tun: an den Gewerkschaften, der Wirtschaft, den Universitäten, der Kultur, den politischen Parteien.**

Wir werden, zu gegebener Zeit, Vorschläge machen, um aus der Sackgasse herauszukommen, in die uns die Initiative und die geplante Umsetzung geführt haben. Aber hier und heute, an unserem Parteitag, ist es wichtig, dass die sozialdemokratische Partei ein paar Grundsätze bekräftigt:

- wir werden **keine Rückkehr zum Saisonierstatut akzeptieren;**
- wir werden uns weigern, die Firmen zu ermutigen, systematisch auf Temporärarbeitende zu setzen. Das ist Gift für die Löhne und die Arbeitsbedingungen von uns allen;
- wir werden die Einführung von Kontingenten für Asylsuchende, Grenzgänger und Studierende nicht zulassen. Um genau zu sein: **Es kommt nicht in Frage, Kontingente einzuführen.**
- Wir werden nicht ein paar revanchistische Nationalisten unsere Beziehungen zur Europäischen Union ruinieren lassen. **Der Grundsatz der Freizügigkeit muss erhalten bleiben.** Unsere Beziehungen zu unseren Nachbarn müssen ausgebaut und stabilisiert werden.

Das Volk wurde getäuscht

Die Umsetzung der Initiative wird für die Schweiz in eine Katastrophe münden. Für unsere Wirtschaft natürlich, vor allem für die Angestellten. Aber auch für unsere Handwerker, die gegenüber der ausländischen Konkurrenz diskriminiert werden, für die Studierenden und Forschenden, denen wichtige Austauschmöglichkeiten verwehrt bleiben, für die Kunstschaffenden, die von europäischen Unterstützungs- und Vermarktungsprogrammen für kulturelle Werke ausgeschlossen werden.

Wir geben nicht dem Bundesrat die Schuld. Er hat seine Arbeit getan, und er hat sie korrekt getan. **Wenn Ihnen im Restaurant die Rechnung zu teuer erscheint, gehen Sie nicht auf den Kellner los. Sie rufen den Chef. Hier ist es das Gleiche. Man wird, früher oder später, das Volk rufen müssen.** Und schon heute damit beginnen, zu sagen, dass dieser Entscheid ein Irrtum war und dass er korrigiert werden muss. Sich sofort hinter die Formulierung von glaubwürdigen Antworten machen, welche die legitimen Ängste aufnehmen: Lohndruck, ausuferndes Wachstum, mangelhafte Integration eines Teil der Immigranten, ein weit verbreitetes Gefühl, dass die Freizügigkeit nur ein paar wenigen nützt.

Das Volk wollte die Schweiz nicht ruinieren und isolieren. Es wollte nicht zum Saisonierstatut zurückkehren. Es wollte nicht ein neues Proletariat schaffen, das von einem Temporärjob zum nächsten gehetzt wird. Es wollte nicht unsere Studierenden bestrafen und unsere Forschenden in die zweite Reihe versetzen. Das Volk wurde getäuscht. Von der SVP. Und das Volk hat seine Ängste ausgedrückt. Auf die wir antworten müssen. Um zu verhindern, dass diese Ängste noch einmal von jenen instrumentalisiert werden, denen eine persönliche Revanche und ein Parteierfolg wichtiger sind als der Wohlstand unseres Landes sowie das Wohlbefinden seiner Einwohner.

Genossinnen und Genossen

Ihr werdet wie ich gesehen haben, wie sich die Leitung von Economiesuisse mit der SVP verbündet hat. Einige haben überrascht getan. Der CVP-Präsident spricht von einem Stockholm-Syndrom, bei dem das Opfer einer Entführung Mitgefühl für seinen Peiniger entwickelt. Und Philippe Müller schreit Verrat.

Ihre Überraschung erstaunt mich. Diese Leute haben ein kurzes Gedächtnis. Vor ein paar Monaten noch propagierten die meisten von ihnen die Idee einer grossen bürgerlichen Allianz. Sie schlossen Wahlbündnisse, um unsere Kandidatinnen und Kandidaten in Basel-Land, Zürich, Bern und Freiburg zu bekämpfen. Sie wollen ihre Listen für die eidgenössischen Wahlen der SVP angleichen. Sie haben sich gemeinsam zur Schau gestellt, ausgelassen und ziemlich lächerlich, auf einem Podest auf dem Bundesplatz, um das Volk vom Gripfenkauf zu überzeugen. Sie sind in Sachen Einbürgerung von Ausländern vor den Blocher-Anhängern eingeknickt.

Und sie wagen es, Entrüstung zu heucheln, wenn die Wirtschaft sich der SVP annähert. Ein Kasperltheater. Aber das Publikum lacht nicht, es gibt nur wenig Applaus. Weil **alle deutlich merken, dass es schief gehen könnte, wenn die Wirtschaftsinteressen wichtiger sind als jene des Gemeinwohls.** Jeder weiss, dass das Hintanstellen der Interessen aller zu Gunsten des Profits weniger nur zur Katastrophe führen kann. Und alle erinnern sich an die Krise von 2008, die Europa in Schwierigkeiten stürzte, aus denen herauszufinden sich als schwierig erweist. **Eine Krise, die entstand, weil sich die Regierenden den Interessen der Finanzwirtschaft unterordneten, weil die bürgerlichen Parteien brav ihren Geldgebern folgten, weil die politischen Leader der Rechten blind der globalisierten Wirtschaft die Stange hielten.**

Unsere Antwort wurde auf dem Parteitag in Lausanne formuliert. Wer das belächelte, hatte Unrecht, denn wir sind entschlossen, unsere Gesellschaft zu einer Demokratisierung zu führen, zu einer Rückorientierung der wirtschaftlichen Macht hin zu den Konsumenten, zu den Angestellten, zu den Versicherten. **Wir wollen die Wirtschaft demokratisieren, die Macht den Nutzern des Service public zurückgeben, sicherstellen, dass die Angestellten an den Entscheiden ihrer Arbeitgeber teilhaben, dass sie vom Gewinn profitieren können, der aus ihrer Arbeit resultiert. Den Patienten ermöglichen, ihre Krankenkassen besser zu kontrollieren.**

Und diese Demokratisierung der Wirtschaft beginnt bei unserem Kampf für eine öffentliche Krankenkasse. Dieser Kampf für Transparenz und gegen das Horten von Profiten durch einige wenige, dieser Kampf für eine bessere Betreuung der Patienten und Versicherten, für ein effizienteres und transparenteres Gesundheitssystem im Dienste aller statt weniger – diese Debatte findet diesen Sommer in der Schweiz statt. Natürlich verteidigen sich die Geier, die auf dem Buckel dieser Pseudokonkurrenz zwischen Krankenkassen ganz gut leben. Die Kassen investieren ungeachtet ihrer Zurückhaltungspflicht massiv in ihre Propaganda. Eine Desinformation, die von der Geringschätzung für die Versicherten und ihrer Urteilsfähigkeit zeugt. Unternehmen wie Comparis, deren Geschäftsmodell auf der Erhaltung von unterschiedlichen Prämien zwischen den Kassen und damit auf der Fortsetzung der Jagd nach guten Risiken beruht, behaupten wider jede Logik, dass mit einer öffentlichen Krankenkasse die Prämien ansteigen würden. Und die Bürgerlichen honorieren ihre Präsenz in den Verwaltungsräten der Versicherer, indem sie unser Projekt mit einer Aggressivität bekämpfen, die viel über die Interessen aussagt, welche sie verteidigen.

Nun, Genossinnen und Genossen, wir müssen ihnen antworten. Natürlich nicht mit Hilfe von Millionen, aber bei jeder Gelegenheit, in der Familie, in den Garderoben des Fussballclubs, nach der Probe im gemischten Chor. Man muss immer und immer wieder sagen, dass es so nicht weitergehen kann, dass **die Interessen der Patienten vor jenen der Kassenaktionäre kommen müssen**, dass wir gemeinsam für alle arbeiten müssen statt für wenige. Und was auch immer aus unserer Initiative wird, man wird die Diskussionen fortführen müssen. Weiter ein Gesellschaftsmodell verteidigen, in dem alle ihren Platz haben, wo alle leben können, so wie es ihnen gut erscheint, mit Gelassenheit und Vertrauen. In sechzehn Monaten finden die eidgenössischen Wahlen statt. Wahlen, die wir gewinnen wollen, weil wir allein gegen alle die Vision einer Schweiz für alle statt für wenige verteidigen.